

ESSAY

SPIEL OHNE GRENZEN

WIDER DIE FALSCH VERSTANDENE TOLERANZ / VON HENRYK M. BRODER

Tolerieren“ bedeutet wörtlich „dulden“, „gewähren lassen“. Wer die Güte hat, jemanden zu tolerieren, hat auch die Macht, ihn zu vernichten, wenn er es sich anders überlegt hat. Das Wort ist positiv besetzt, hat aber eine fragwürdige Bedeutung. Es beinhaltet keinen Anspruch, keine Garantie und kein Recht, auf das man sich berufen, das man einfordern kann, es ist nur eine Absichtserklärung, eine Geste der Großzügigkeit, sozusagen ein privater Schutzraum für marginale Existenzen, die auf das Wohlwollen der Gesellschaft angewiesen sind. Toleranz ist auch kein Wert an sich. Es kommt darauf an, wer und was toleriert wird. Können praktizierende Juden und bekennende Antisemiten erwarten, gleichermaßen toleriert zu werden? Oder Schwule und Schwulenhasser? Kinder und Kinderschänder? Raucher und Nichtraucher? Kannibalen und Vegetarier?

In einer Gesellschaft, in der fast jeder nach seiner Façon glücklich werden darf, in der nicht mehr zwischen richtig und falsch, gut und böse, gesund und krank unterschieden wird, weil das bereits eine Wertung und eine Diskriminierung enthalten würde, in der man sich nicht einmal auf die Regeln der Rechtschreibung einigen kann, kann es auch keinen Konsens über die Grenzen der Toleranz geben. Und so versteht jeder unter Toleranz etwas anderes. Michel Friedman fordert „Erziehung zu mehr Toleranz“, meint aber eigentlich das Gegenteil: ein energisches Auftreten der Demokraten gegen die Feinde der Demokratie. Der Augsburger Bischof Walter Mixa empfiehlt den in Deutschland lebenden Muslimen, „die christliche Mehrheitskultur zu respektieren“, ruft aber gleichzeitig zur Toleranz gegenüber den Kindern Mohammeds auf, bedient also sowohl die eine Seite wie die andere. Zur „Aktionswoche gegen Rassismus“ der Initiative „Gesicht zeigen!“ treten Prominente aller Disziplinen an, darunter auch der Fernsehkoch Ralf Zacherl, der ein „internationales Menü“ im Dienst der Toleranz zubereitet. Und während der Vorsitzende der CSU-Grundsatzkommission, Alois Glück, seine Partei für Muslime öffnen möchte, verweigert die Diakonie Hamburg einer Deutschtürkin ein Vorstellungsgespräch, weil sie keine Christin ist – und wird dafür von einem Gericht zur Zahlung von 3900 Euro Entschädigung verurteilt.

Der Begriff Toleranz wird im operativen Geschäft täglich neu definiert. Die Bundesagentur für Arbeit hat bestätigt, „dass die Förderung der Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit im Bereich der Prostitution“ mit einem Überbrückungsgeld oder einem Existenzgründungszuschuss möglich ist, dass also arbeitslose Frauen, die auf den Strich gehen möchten, von der Bundesagentur für Arbeit eine Förderung bekommen können, während

zugleich Projekte unterstützt werden, die den Frauen den Ausstieg aus dem Milieu erleichtern sollen.

Die Frage, wie viel Toleranz sich eine Gesellschaft leisten kann, ohne einen Bankrott zu riskieren oder der Lächerlichkeit anheimzufallen, stellt sich vor allem in Gesellschaften, in denen „Gleichheit“ einen höheren Stellenwert als „Freiheit“ hat. Freiheit schließt auch Gefahren ein, Gleichheit schafft alle Unterschiede ab, damit niemand benachteiligt wird. Die Schlagersängerin Nena etwa, selbst recht erfolgreich, gehört in Hamburg zu den Gründern einer Schule, an der es „keinen Unterricht gibt, es sei denn, es würde von Schülern ausdrücklich gewünscht“. Stattdessen gibt es eine einmal wöchentlich tagende Schulversammlung, „in der jeder Schüler und jeder Lehrer eine Stimme hat“.

So werden die Kinder schon früh auf das Leben in der Leistungsgesellschaft vorbereitet, in der sich jeder Sozialhilfeempfänger frei entfalten darf, solange der dumme Rest, der bei Opel am Fließband steht, dafür aufkommt. Wie beim „Spiel ohne Grenzen“ kommt es auch bei der Toleranz darauf an, geschickter und rücksichtsloser als die anderen zu sein. Und schämen darf man sich schon gar nicht.

Natürlich gibt es auch Situationen, in denen man mit Toleranz nicht weit kommt. Dann ist Zivilcourage gefragt, zum Beispiel wenn man in der U-Bahn Zeuge einer verbalen Auseinandersetzung wird, die zu eskalieren droht. In einem solchen Fall,

empfehlen die Polizei, „sollte man sich nicht selbst in Gefahr begeben“; es sei besser, „das Opfer am nächsten Bahnhof zum Aussteigen zu bewegen, als direkt auf den Täter zuzugehen“.

Vor die Wahl gestellt, tolerant zu sein oder sein Leben zugunsten von Zivilcourage zu riskieren, scheint Toleranz allemal die vernünftiger Option zu sein, zumindest kurzfristig. Das weiß auch die Berliner Polizei und setzt deswegen auf Deeskalation. Bei Einsätzen tragen die Beamten grügelbe Lätzchen, auf denen „Anti-Konflikt-Team“ steht. Vor der diesjährigen Kreuzberger Demo zum 1. Mai, bei der in den vergangenen Jahren zum Zeichen der Verbundenheit mit der Arbeiterklasse immer wieder Supermärkte geplündert und Autos angezündet wurden, erklärte der Einsatzleiter der Polizei, er sei „optimistisch, wieder ein gutes Stück voranzukommen“, allerdings könne die Polizei nur „einen kleinen Teil“ zur Gewaltlosigkeit beitragen. Das klang wie die Bitte um Nachsicht, dass es die Polizei überhaupt noch gibt und dass sie sich auf die Straße traue. Und es klang nicht nur so, so war es auch gemeint.

Toleranz ist gefühlte Zivilcourage. Sie bewährt sich vor allem im Umgang mit sogenannten Intensiv- und Wiederholungstätern. Ein Beispiel von vielen: Zwei Brüder, der eine 16, der andere 23 Jahre alt, schlugen in einer Berliner Straßenbahn einen Fahrgast zusammen. Die anderen Fahrgäste schauen weg, nur einer greift



RAF-Besucher Sartre*: „Revolutionäre Aktion“

KRAUFMANN & KRAUFMANN / KEystone

* Mit Rechtsanwalt Klaus Croissant (r.) vor dem Gefängnis Stuttgart-Stammheim, 1974.

ein und fordert die Schläger auf, mit ihrem Treiben aufzuhören. Worauf die von ihrem ersten Opfer ablassen und sich dem anderen Fahrgast zuwenden. „Einer der Schläger“, schreibt der „Tagesspiegel“, „hielt sich an den Haltegriffen fest, holte Schwung und trat Michael K. mit beiden Schuhen ins Gesicht. Obwohl ihr Opfer bewusstlos zu Boden fiel, traktierten beide Schläger ihn weiter mit Fußtritten.“

Die Brüder werden festgenommen, erkennungsdienstlich behandelt und wieder freigelassen, für einen Haftbefehl liegen keine ausreichenden Gründe vor, beide haben einen festen Wohnsitz. Der „Tagesspiegel“ notiert: „Ein weiterer Grund, keinen Haftbefehl zu beantragen, war aus Sicht der Polizei die Tatsache, dass der 23-Jährige bisher nur wegen einfacher, nicht aber wegen gefährlicher Körperverletzung vorbestraft ist.“

Der junge Mann, dessen Identität mit Christopher F. angegeben wird, stand schon viermal vor Gericht, wegen Körperverletzung, Sachbeschädigung und Beleidigung, er wurde dreimal zu Geldstrafen und einmal zu einer Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt. Gelassen wartet er sein fünftes Verfahren in Freiheit ab, während das Opfer auf der Intensivstation eines Krankenhauses liegt und sich über ein Schreiben von Klaus Wowereit freut, in dem der Regierende Bürgermeister dem mutigen Neuberliner die Anerkennung ausspricht und rasche Genesung wünscht. Er habe, so Wowereit, „ein Beispiel für andere“ gegeben.

Da muss der Regierende etwas missverstanden haben. Wenn es etwas gibt, das beispielgebend wirkt, dann ist es das Verhalten der beiden Brüder. Die Täter werden immer jünger und immer brutaler. Ihre Chancen, ungestraft davonzukommen, sind hoch. Erst nachdem ein 16-Jähriger gleich fünf Lehrer an einer Berliner Schule zusammengeschlagen hatte, wurde Haftbefehl gegen ihn erlassen, dabei war er der Polizei seit Jahren als Serientäter bekannt. 30 Ermittlungsverfahren gegen ihn gab es. Meistens wegen Raub und Körperverletzung, immer ohne Folgen. Sehr zur Zufriedenheit seiner Eltern, die ihrem Sohn nach der Festnahme zu Hilfe eilten. „Er hat sich nur verteidigt“, erklärte der Vater, ein Computerfachmann, „die Lehrer haben ihn bedrängt und festgehalten. Ich bin stolz, dass er sich gewehrt hat.“

Wie kann es passieren, dass ein 16-Jähriger nacheinander fünf Lehrer zusammenschlägt? Hat es etwas mit der im Pädagogenmilieu verbreiteten Überzeugung zu tun, dass man Konflikte nicht mit Gewalt, sondern nur mit Überzeugungsarbeit lösen sollte? Eine ehrenwerte Haltung, die Despoten ein langes Leben und notorischen Schlägern die ungestörte Entfaltung garantiert.

Zwei junge Männer mit Migrationshintergrund, 23 und 25, die sich nach einer Familienfeier einen Berliner Busfahrer vorgenommen hatten, wurden zu drei beziehungsweise dreieinhalb Jahren verurteilt. Der ältere hatte dem Busfahrer „das Messer von hinten in die Flanke“ („Tagesspiegel“) gestoßen. Weil er nur einmal zugestoßen hatte, ohne den „Angriff fortzusetzen“, ließ der Staatsanwalt die Anklage wegen versuchten Totschlags fallen und plädierte auf gefährliche Körperverletzung. Das Verhalten der Angeklagten sei „nicht zu akzeptieren“, befand auch die Richterin, ließ aber mildernde Umstände gelten. Die Täter seien keine „gerichtsbekannten Schläger“, sondern „zu groß geratene Jungs, die unter Alkohol mit ihren Konflikten falsch umgehen“. Die Äußerung „Wir stechen dich ab!“, die dem Angriff vorausging,

müsse als „Imponiergehabe“ verstanden werden, nicht als Ankündigung eines Tötungsvorhabens. Außerdem habe der Messerstich keine lebensgefährliche Verletzung verursacht. Alles halb so schlimm, wenn man die Dinge nur in der richtigen Relation zur Realität sieht und dabei die Ruhe nicht verliert.

Nachdem der SPIEGEL in einer Titelgeschichte über die schlechte Behandlung muslimischer Frauen durch ihre Väter, Männer und Brüder berichtet hatte, meldete ein Berliner Soziologe, der das Milieu aus den Studien anderer Soziologen genau kennt, Widerspruch an: „Zwangsheiraten, Brautpreise, Ehren-tötungen und anderes ... das gibt es, genauso wie es auf einheimischer Seite Zwangsentführungen von Kindern, Familientragödien, Bedrohung entfremdeter Ehepartner gibt.“ Leider vergaß er zu erwähnen, wann er zum letzten Mal von einem Fall gehört hat, da eine bodenständige Allgäuer Familie beschlossen hätte, eine Tochter umzubringen, die „Schande“ über die Familie gebracht hatte, um die Ehre der Familie zu retten, und die Vollstreckung des Urteils dem jüngsten Sohn überließ, weil er noch unter das Jugendstrafrecht fiel.

Genau so einen Fall hat es in einer türkischen Migrantenfamilie in Berlin gegeben, die ein tiefes Vertrauen in das deutsche Strafrecht mit einer soliden Kenntnis des Familienrechts verband.

Die Schwester der ermordeten Frau beantragte das Sorgerecht für ihren Neffen, damit der Junge nicht in dem moralisch verdorbenen Umfeld aufwächst, in dem seine Mutter auf die schiefe Bahn geraten war. Allein der Witz von dem Elternmörder, der das Gericht um mildernde Umstände bitet, weil er keine Mutter und keinen Vater mehr habe, ist noch einen Zacken besser.

Sensible und empathische Intellektuelle, die gern über „strukturelle Gewalt“ rasonieren, wenn Arbeiterkinder an Gymnasien unterrepräsentiert sind, verfallen einem morbiden Understatement, wenn es um wirkliche Gewalt geht. So spricht auch der Berliner Soziologe von „dramatisierten Problemen“, die aus „anderen Einwandererländern bekannt“ sind und „nach der ersten oder zweiten Generation“ verschwinden. Bingo! Abgesehen davon,

dass es vor allem die dritte Generation ist, die sich mit der Integration schwertut, wird es eine zwangsverheiratete 15-jährige „Importbraut“ sehr trösten, wenn ihr jemand kurz vor dem Vollzug der Ehe zuruft: „Nimm's leicht, Aische, deine Enkelinnen werden es besser haben!“

Nicht wenigen Intellektuellen macht es Spaß, als Advokaten mörderischer Toleranz aufzutreten. Jean-Paul Sartre ließ sich Ende 1974 überreden, die RAF-Gefangenen in Stammheim zu besuchen, um mit ihnen über „das Konzept der revolutionären Aktion“ zu diskutieren. 33 Jahre später gab der Intendant des Berliner Ensembles, Claus Peymann, SPIEGEL ONLINE ein Interview, in dem er ausführlich erklärte, warum er dem wegen neunfachen Mordes und elffachen Mordversuchs seit 24 Jahren einsitzenden Terroristen Christian Klar einen Praktikumsplatz an seinem Theater angeboten hatte. Kurz davor hatte Klar, aus dem Gefängnis heraus, ein „Grußwort“ an die Rosa-Luxemburg-Konferenz geschrieben, in dem er dazu aufrief, „die Niederlage der Pläne des Kapitals zu vollenden und die Tür für eine andere Zukunft aufzumachen“.

Auszug aus Broders Buch „Kritik der reinen Toleranz“. WJS-Verlag, Berlin; 216 Seiten; 18 Euro. Erscheint am 9. September.



Polizisten in Berlin: „Nicht in Gefahr begeben“

MULLER-STAUFFENBERG / IMAGO